

Weil hier zum Schluss von Unterrichtsgarantie fabuliert wurde,

(Frank Sichau [SPD]: Fabuliert? – Zuruf von der SPD: Die Landesregierung fabuliert! – Weitere Zurufe von der SPD)

stelle ich Folgendes fest: Wir versuchen, Unterricht zu garantieren. Bei Ihnen, meine Damen und Herren von der Opposition, gab es eine Garantie für Unterrichtsausfall. – Danke schön.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit darf ich die **Aktuelle Stunde schließen**.

Nun rufe ich auf:

2 Gesetz zum Aufbau der Fachhochschule für Gesundheitsberufe in Nordrhein-Westfalen (Gesundheitsfachhochschulgesetz)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/9249

erste Lesung

Zur Einbringung des Gesetzentwurfs erteile ich für die Landesregierung Herrn Minister Pinkwart das Wort. Bitte schön, Herr Minister.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vor zwei Wochen haben wir in der Landesregierung entschieden, dass der neue Gesundheitscampus Nordrhein-Westfalens in Bochum errichtet wird. Herzstück dieses Campus wird die neue Fachhochschule für Gesundheitsberufe mit rund 1.000 modernen und praxisnahen Studienplätzen sein. Sie ist eine wichtige Säule beim Ausbau der Fachhochschullandschaft in Nordrhein-Westfalen.

Sie wissen: Insgesamt schaffen wir über 11.000 neue Studienplätze in diesem Bereich, und das vor allem auf Gebieten, in denen die Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt enorm ist: im Ingenieurwesen, in den Naturwissenschaften und eben im Gesundheitssektor. Auf diese Weise stärken wir auch die wichtige Säule der Gesundheitswirtschaft in unserem Land.

Heute geht es uns um das Errichtungsgesetz, also die formalen Voraussetzungen dafür, die Gesundheitsfachhochschule noch in diesem Jahr gründen zu können.

Was ist das Besondere an dieser Fachhochschule? – Sie ist bundesweit die erste Fachhochschule für Ge-

sundheitsberufe in staatlicher Trägerschaft. Damit schaffen wir völlig neue Studienmöglichkeiten im Gesundheitsbereich. Angehende Hebammen, Logopäden, Ergo- und Physiotherapeuten, Kranken- und Altenpflegerinnen und -pfleger sollen ihren Beruf hier von Anfang an auf akademischem Niveau lernen können. In Deutschland hat es das bisher noch nicht gegeben. In vielen anderen Ländern – etwa in Skandinavien – hat man damit bislang bereits sehr gute Erfahrungen gemacht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mit dieser Fachhochschule betreten wir also Neuland, und das, wie wir meinen, aus gutem Grund. Seit einigen Jahren vollzieht sich in den Pflegeberufen und in den nichtärztlichen Heilberufen ein Wandel. Die gesundheitliche Versorgung unserer Bevölkerung wird komplexer und anspruchsvoller. Mit dem fortschreitenden demografischen Wandel ändert sich die Altersstruktur der Bevölkerung und damit auch das Spektrum der Krankheiten, die zu behandeln sind.

Jedes Jahr erkranken in Deutschland zum Beispiel 200.000 Menschen an Altersdemenz, Tendenz steigend. Der Bedarf an medizinischer Langzeitbehandlung und -pflege steigt also kräftig an. Umso wichtiger wird natürlich auch, rechtzeitig in Prävention, Gesundheitsförderung und Rehabilitation zu investieren. Die Menschen brauchen Beratung und Anleitung, um möglichst gar nicht erst zu erkranken oder zumindest zu lernen, wie sie mit gesundheitlichen Einschränkungen möglichst lange ein selbstbestimmtes Leben führen können.

Es geht also darum, die Ausbildung in den Pflegeberufen und in den nichtärztlichen Heilberufen so zu gestalten, dass sie diesen Anforderungen gerecht wird. Mit der bekannten und durchaus bewährten Ausbildung an Fachschulen allein schaffen wir das nicht. Das bedeutet wohlgerne nicht – das möchte ich ausdrücklich unterstreichen –, dass die Fachkräfte, die dort ausgebildet werden, schlechtere Arbeit leisten. Im Gegenteil: Diese Menschen arbeiten meist hochprofessionell und engagiert. Sie leisten Enormes für unser Gemeinwesen.

(Beifall von der CDU)

Dennoch ist klar, dass wir den Trend hin zur Akademisierung auch in diesen Bereichen nicht verpassen dürfen. Krankenschwestern und Krankenpfleger, Altenpfleger, Hebammen, Logopäden, Ergo- und Physiotherapeuten sollen künftig auch diese Ausbildungsoption wählen können.

Zudem geht es uns auch um neue Studiengänge in wichtigen Bereichen wie dem Gesundheitscontrolling und dem Gesundheitsmanagement, um unsere Gesundheitswirtschaft insgesamt professioneller zum Dienst am Menschen ausrichten zu können. Das ist aus unserer Sicht ein weiterer Schritt zur Exzellenz im Gesundheitswesen in Nordrhein-Westfalen, ein weiterer Schritt auch, der jungen

Menschen weitreichende Perspektiven in einer weiterhin stark wachsenden Branche eröffnen wird. Genau das ist ja Gesundheitswirtschaft, und zwar nicht nur in Nordrhein-Westfalen.

Mit dem demografischen Wandel und dem medizinischen Fortschritt nimmt ihre Bedeutung überall zu. Zentrales Element der Ausbildung an der Fachhochschule ist zunächst eine grundständige akademische Erstausbildung. Das Studium schließt mit dem Bachelor-Grad und der beruflichen Zulassung ab. Ausbildung und Ausgestaltung des Curriculums erfolgen durch die Fachhochschule. Die grundständigen Studiengänge werden als Modellangebote durchgeführt, dabei wissenschaftlich begleitet und evaluiert.

Die dafür nötigen bundesrechtlichen Regelungen gibt es bislang nur für die Pflegeberufe. Für Physiotherapeuten, Hebammen, Ergotherapeuten und Logopäden müssen sie erst noch geschaffen werden. Eine Bundesratsinitiative, auch bei diesen sogenannten nichtärztlichen Heilberufen eine akademische Ausbildung zu erproben, hat das Land Nordrhein-Westfalen im letzten Jahr bereits auf den Weg gebracht.

Lassen Sie mich noch einiges zu den Zahlen sagen. Pro Jahr sollen ca. 300 Studierende ihr Studium an der Gesundheitsfachhochschule abschließen können. Wir bauen die Fachhochschule in Bochum schrittweise in diesem und im nächsten Jahr auf. Der Lehrbetrieb wird im Herbst 2010 starten. Der Auf- und Ausbau wird insgesamt 235 Millionen € kosten und der Betrieb jedes Jahr etwa 26 Millionen €.

Ich bin im Übrigen überzeugt davon, dass wir mit Bochum die richtige Entscheidung für den Standort getroffen haben. An dieser Stelle möchte ich auch noch einmal der Auswahlkommission sehr herzlich danken, die eine nicht einfache Entscheidung zu treffen hatte, weil es insgesamt sehr gute Angebote gab, unter denen sie auszuwählen hatte. Die Kommission hat ihre Entscheidung unter Vorsitz des renommierten Medizinwissenschaftlers Professor Einhüpl sehr sorgfältig vorbereitet und getroffen. Ich möchte Herrn Professor Einhüpl und allen Mitgliedern der Kommission namens der Landesregierung hier im Hohen Hause noch einmal ausdrücklich Dank für ihre wichtige Arbeit sagen, die sie geleistet hat.

(Beifall von der CDU)

Bochum verfügt nicht nur über geeignete Flächen, eine gute Verkehrsinfrastruktur, sondern hier liegen auch die Krankenhäuser und die Medizinische Fakultät in gut erreichbarer Nähe. Die zahlreichen Kliniken und Einrichtungen werden ausreichend Ausbildungsplätze für die Studierenden bieten. Ich bin der Ruhr-Universität Bochum auch dankbar dafür, dass sie der Landesregierung gegenüber in Aussicht gestellt hat, der Gesundheitsfachhoch-

schule in der Aufbauphase mit ihrer Administration und mit Beratungsleistungen hilfreich zur Seite zu stehen.

Ich bin überzeugt davon, dass wir mit Bochum die richtige Entscheidung auch in der Weise getroffen haben, dass wir die Angebote innerhalb der Region, der Metropole Ruhr, aber auch darüber hinaus, über die Fachhochschule entsprechend bündeln können. Niemand muss fürchten, dass es bald keine Ausbildung an Fachschulen mehr geben wird. Darum geht es hier nicht.

(Minister Karl-Josef Laumann: Richtig!)

Die Absolventen mit Hauptschul- und Realschulabschluss haben weiterhin Zugang zu qualifizierten Berufen im Gesundheitswesen. Wir planen also keinen Umbau, sondern einen qualifizierten Ausbau des Ausbildungssystems.

Die Fachhochschule ist außerdem ein weiteres Signal dafür, dass wir es mit unserem Ziel ernst meinen, den Anteil der Fachhochschulstudienplätze an dem Gesamtangebot der Hochschulstudienplätze in Nordrhein-Westfalen zu steigern. Heute sind hier gerade einmal 25 % der Studierenden eingeschrieben. Mittelfristig wollen wir in Nordrhein-Westfalen einen Anteil von 40 % erreichen. Das ist auch ein wesentlicher Beitrag zu mehr sozialer Mobilität. Denn gerade junge Menschen aus nichtakademischen Haushalten entscheiden sich gerne für solche praxisnahen Studiengänge und erhalten damit überhaupt erst die Chance, für sich eine akademische Karriere erschließen zu können.

Ich bin sicher, meine sehr verehrten Damen und Herren: Die neue Fachhochschule wird nicht nur unsere Hochschullandschaft in Nordrhein-Westfalen bereichern. Sie wird auch wertvolle Impulse für Medizinforschung und Medizintechnik liefern, also für die Zukunftsfelder, die wir hier in Nordrhein-Westfalen bei unserer Forschungsförderung besonders in den Blick nehmen. Sie wird auch bundesweit wertvolle Anstöße dazu geben, wie künftig die Lehre in Gesundheitsberufen aussehen kann.

Ich gehe also davon aus, dass wir hier im Sinne der künftigen Studierendengeneration, aber vor allen Dingen im Sinne der auf Gesundheitsleistungen angewiesenen Mitbürgerinnen und Mitbürger einen ganz wichtigen Beitrag zur Fortentwicklung leisten können. – Herzlichen Dank für Ihre freundliche Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Minister Dr. Pinkwart. –Für die SPD-Fraktion erhält Frau Kollegin Gebhard das Wort.

Heike Gebhard (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Verehrte Zuhörerinnen und Zuhörer! Im Gegensatz zu dem Tagesordnungs-

punkt zuvor stimme ich in der Beschreibung der Ausgangslage, der Veränderung der gesellschaftlichen Situation und der gesundheitlichen Versorgung in weiten Teilen mit dem, was Herr Minister Pinkwart ausgeführt hat, überein.

Im Bereich der gesundheitlichen Versorgung setzt sich mehr und mehr die Erkenntnis durch, dass wir einer viel stärkeren Durchlässigkeit zwischen den einzelnen Leistungserbringern – ambulant wie stationär – bedürfen. Das heißt, die Arbeit von Ärzten, die Arbeit von Pflegekräften und die Arbeit nichtärztlicher Heilberufler müssen wie Zahnräder ineinandergreifen. Ihre Wirksamkeit ist ungleich effektiver, wenn sie nicht nacheinander Dienst am Patienten leisten, sondern überlappend tätig werden.

Der Trend, dass Rehabilitationsmaßnahmen bereits während eines stationären Aufenthalts stattfinden, muss weiter unterstützt werden. Wir wissen aber auch: Es gestaltet sich nach wie vor schwierig, bei Entlassungen sicherzustellen, dass die bereits in der stationären Einrichtung begonnenen Therapien auch ambulant nahtlos und kontinuierlich weitergeführt werden. Wir müssen also daran arbeiten, dass es nicht zu Brüchen bzw. Unterbrechungen in der Therapie kommt.

Wenn es unser aller Ziel ist, einen solchen Prozess zu organisieren, verändern sich – das müssen wir zur Kenntnis nehmen – die Anforderungen an die Professionen auch der nichtärztlichen Heilberufe und der Kranken- und Altenpflege. Eine Antwort darauf ist, die Weiterbildung für die einzelnen Berufsfelder weiterzuentwickeln. Eine zweite Antwort ist die Etablierung von entsprechenden Fachhochschulstudiengängen.

Ja, es macht Sinn, Bachelor-Studiengänge für die Gesundheits-, Kranken- und Altenpflege, für Hebammen, für Logopäden, Ergotherapeuten und Physiotherapeuten zu etablieren. Meines Erachtens ist das auch kein abschließender Katalog. Es wäre auch prüfungswert, dies auf weitere nichtärztliche Heilberufe auszuweiten. Aber irgendwo muss man mal anfangen.

Die prinzipielle Entscheidung, eine solche Fachhochschule für Gesundheitsberufe im Ruhrgebiet zu errichten, ist sachgerecht. Nicht, dass nicht auch andere Regionen in Nordrhein-Westfalen eine Menge in der Gesundheitswirtschaft und Gesundheitstechnik zu bieten hätten, aber zu einer Fachhochschulausbildung in diesem Bereich gehört auch – darauf hat Herr Minister Pinkwart bereits hingewiesen – die ausreichende Möglichkeit zur praxisnahen Ausbildung, also zu entsprechenden Praktikumsplätzen. Das Ruhrgebiet mit seiner hohen Krankenhaus- und Bevölkerungsdichte bietet daher wie keine andere Region in Nordrhein-Westfalen die beste Voraussetzung dazu.

Allerdings betreten wir mit der Einrichtung einer solch speziellen Fachhochschule Neuland. Sie ist,

wie bereits gesagt, die bundesweit erste Fachhochschule für Gesundheitsberufe in staatlicher Trägerschaft. In Berlin existiert zwar bereits mit der Hochschule für Gesundheit und Sport eine staatlich anerkannte private Fachhochschule. Ferner gibt es an mehreren Universitäten pflegewissenschaftliche Studiengänge oder zum Beispiel Masterstudiengänge zum Gesundheitsmanagement, zur Gesundheitstechnik, zu Public Health – auch hier in Nordrhein-Westfalen. Mit den jetzt vorhandenen Angeboten werden somit aufgrund der immer komplexer werdenden Anforderungen in der gesundheitlichen Versorgung neue Berufsfelder bedient.

Bei der Fachhochschule für nichtärztliche Gesundheitsberufe ist das aber anders. Hier sollen Studiengänge quasi parallel zu staatlich anerkannten Ausbildungsgängen von Fachschulen etabliert werden. Das heißt, es handelt sich hier nicht einfach um eine weitere Neugründung einer Fachhochschule mit bekanntem, gewohntem Fächerspektrum. Es ist nicht einfach die Aufstockung von 15 auf 16 Fachhochschulen in unserem Lande. Deshalb meine ich: Business as usual ist hier nicht angezeigt.

Der heute seitens der Landesregierung eingebrachte Gesetzentwurf ist aber so abgefasst, als wäre es nicht eine Besonderheit, sondern nur eine weitere Fachhochschule. Die separate Einbringung für diese Hochschule wird nicht aus dem Spezifikum dieser Fachhochschule abgeleitet, sondern daraus, dass sie, wie Minister Pinkwart vorhin andeutete, Teil des Gesundheitscampus sein soll.

Die Errichtungsvorgaben in diesem Gesetzentwurf tragen unserer Ansicht nach der inhaltlichen Besonderheit in keiner Weise Rechnung.

(Widerspruch von Minister Karl-Josef Laumann)

– Sie werden gleich Gelegenheit haben, hierzu etwas zu sagen, Herr Minister Laumann. Zuvor werde ich Ihnen im Detail erläutern, warum wir das so sehen.

Sämtliche Errichtungsvorschriften in § 2 des Gesundheitsfachhochschulgesetzes sind analog zu den anderen Neugründungen von Fachhochschulen ausgerichtet. Das heißt, das Heft des Handelns liegt in der Phase der Errichtung, bis die Hochschule in die Selbstständigkeit entlassen ist, ausschließlich beim Wissenschaftsministerium.

Die Einführung von Studiengängen obliegt dem Wissenschaftsministerium. Auch wenn es in der Begründung – aber nur in der Begründung, Herr Minister Pinkwart; im Gesetz ist das nicht verankert – heißt, dass damit das Erfordernis der Akkreditierung nicht entfällt, wird aber nicht geregelt, welche Mitsprache das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Herr Minister Laumann, die Berufsverbände und die über 200 Fachschulen in unserem Lande haben. Selbst die Aufgaben des Hochschulrates und des

vorsitzenden Mitglieds des Hochschulrates sollen bis zu seiner Bildung ausschließlich vom Wissenschaftsministerium wahrgenommen werden. Bedenkt man, welche Funktion dem Hochschulrat nach dem gültigen Hochschulgesetz zukommt, wäre unseres Erachtens gerade auch hier wieder eine Beteiligung des MAGS angezeigt.

Aufgrund des sogenannten Hochschulfreiheitsgesetzes, Herr Laumann, haben Sie auch nur in der Gründungsphase die Chance, Ihre fachlichen Anforderungen aktiv einzubringen. Nur müsste dies dann auch im Errichtungsgesetz vorgesehen sein.

(Barbara Steffens [GRÜNE]: Genau!)

Das ist es aber nicht. Anschließend wird für Sie der Zug zur inhaltlichen Gestaltung sowieso abgefahren sein. Der Minister hat gerade noch einmal gesagt, es werde dann in der Eigenverantwortung der Fachhochschule liegen.

Warum ist und war dies aber so wichtig? Die Verantwortung für die staatliche Anerkennung der Fachschulen liegt wo? – Beim Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales. Die Verantwortung für die Weiterbildungsverordnungen für die nicht-ärztlichen Heilberufe liegt wo? – Beim Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales. Bereits die Diskussion im letzten Jahr um die Weiterbildungsverordnungen der Fachkrankenpflege für Intensivpflege und Anästhesie hat aufgezeigt, dass diese die Schnittstelle zur akademischen Ausbildung in diesem Bereich darstellen.

Gerade wegen der internationalen Vergleichbarkeit – Herr Pinkwart hat ja darauf hingewiesen, dass es in anderen europäischen Ländern sehr wohl schon eine akademische Ausbildung dazu gibt – war und ist es den Berufsverbänden – aus unserer Sicht auch völlig zu Recht – sehr wichtig, dass die Weiterbildungsmodule per European Credit Transfer System auf entsprechende Bachelor-Studiengänge anrechenbar sind. Das heißt, den Berufsverbänden ist es außerordentlich wichtig, dass die einzelnen Module in den klinischen und theoretischen Anforderungen so etabliert werden, dass sie auf dem Niveau 6 des Europäischen Qualifikationsrahmens angesiedelt sind. Das würde die Anrechnung auf Bachelorstudiengänge ermöglichen.

Dies ist im letzten Jahr in der Weiterbildungsverordnung leider nicht gelungen. In diesem Jahr stehen weitere Weiterbildungsverordnungen an, und es gilt unserer Ansicht nach, dieses Manko einerseits zu heilen und andererseits bei den weiteren diese Probleme erst gar nicht auftreten zu lassen.

Was heißt dies nun für die Entwicklung von Studiengängen an dieser neu zu gründenden Fachhochschule? Da sie auf den gleichen Berufsfeldern aufsetzen soll, aber nicht „on top“, sondern parallel zu diesen Berufsfeldern ansetzen soll, müsste es so eingerichtet werden, dass die Curricula in den Schulen vorsehen, dass sie einerseits Module enthalten,

wie sie in der Fachweiterbildung auf EQR-Niveau praktiziert werden, und andererseits Module, die darüber hinausgehen; denn sonst bräuchten wir sie nicht.

Welche Auswirkungen die Einführung dieser Bachelor-Studiengänge auf die Fachschulen haben wird, insbesondere auf diejenigen, die in der Nähe zur neuen Fachhochschule liegen, ist meines Erachtens aufgrund des noch ungeklärten curricularen Angebots gegenwärtig noch gar nicht absehbar. Wie die Anstellungsträger auf die neuen Absolventen dieser Fachhochschule reagieren werden, steht ebenfalls noch in den Sternen. Gerade weil dort Unsicherheiten bestehen, ist es aber umso mehr von Bedeutung, dass die Curricula in Abstimmung mit den Berufsverbänden, den Fachschulen und ihrer Träger sowie den potenziellen Anstellungsinstitutionen entwickelt werden.

Darauf zu vertrauen, dass sich dies alles von alleine regeln werde, ist – mit Verlaub – nach meiner Lebenserfahrung nur ein frommer Wunsch. Darum, Herr Minister, Laumann, fordern Sie die Berücksichtigung der fachlichen Kompetenz Ihres Hauses ein, und zwar jetzt, wo es noch möglich ist, und nicht erst, wenn es zu spät sein wird. – Danke schön.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Kollegin Gebhard. – Für die CDU-Fraktion erhält der Abgeordnete Henke das Wort.

Rudolf Henke (CDU): Herr Präsident! Verehrte Damen, meine Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Gebhard, es kann ja überhaupt nicht anders sein: Natürlich ist das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales das Ministerium, das für die berufsrechtlichen Aspekte zuständig ist.

(Carina Gödecke [SPD]: Aber das steht da nicht drin!)

Natürlich ist das Ministerium sowohl für die Aufsicht über die Einhaltung der Berufsgesetze als auch der Ausbildungs- und Prüfungsverordnungen zuständig; ich kann mir überhaupt nicht vorstellen, dass es irgendeinen Dissens darüber geben könnte.

Selbstverständlich müssen die niedergelegten Ausbildungsinhalte an dieser Fachhochschule für Gesundheitsberufe den gesetzlichen Grundlagen im Bereich der Ausbildung und der Berufsgesetze entsprechen. Es wäre ja verrückt, wenn man dort gewissermaßen im Widerspruch zu Ausbildungs- und Berufsgesetzen stehende Regelungen in Anwendung brächte; damit würde man Ausbildungen schaffen, die ins Leere liefen. Der Sinn des ganzen Unternehmens ist es doch, den Anschluss sowohl an die sich verändernde Berufswelt – Herr Minister Pinkwart und Frau Gebhard haben ein paar Beispi-

le dafür genannt; ich muss das nicht wiederholen – als auch an das internationale Niveau herzustellen.

Mit all dem, was die Zielsetzung des Gesundheitscampus und der Gründung dieser Fachhochschule für Gesundheitsberufe angeht, wollen wir in Nordrhein-Westfalen ein Zentrum bilden, das beide Bestandteile aufweist: ein Zentrum, das die Gesundheitsforschung in die gleiche Liga bringen soll, in der heute die National Institutes of Health der USA oder das Robert-Koch-Institut auf dem Gebiet der anwendungs- und maßnahmenorientierten biomedizinischen Forschung tätig sind.

Wir sind nicht in dieser Liga, aber wir wollen in diese Liga. Deswegen war es auch gut, dass von Anfang an im Rahmen des sukzessiven Aufbaus des Gesundheitscampus viele Instanzen zusammengeführt und gebündelt werden: Das Landesinstitut für Gesundheit und Arbeit, das Zentrum für Telematik, das Europäische Proteinforschungszentrum, die MedE-con Ruhr, das Clustermanagement „Gesundheitswirtschaft“, das in Gründung befindliche Strategiezentrum Gesundheit Nordrhein-Westfalen, auch das Krebsregister, dessen Verlagerung aus Münster allerdings nur mit Zustimmung der Gesellschafter und des Landtags möglich sein wird.

Wegen der starken außeruniversitären Forschung wird für den Standort Bochum zu Recht ein großes Potenzial für Vernetzungen in die Metropole Ruhr gesehen. Ich glaube, dass der Gesundheitscampus die Chance birgt, eine Art Gravitationszentrum zu sein, das in Nordrhein-Westfalen nationale und internationale Kooperations- und Vernetzungsstrukturen aufbaut. Es wird also nicht nur eine Stadt oder eine Region nach vorne bringen, sondern es wird dem gesamten nordrhein-westfälischen Gesundheitswesen einen Schub geben, um damit die medizinische Versorgung weiter voranzubringen.

Wir, die Abgeordneten dieses Parlaments, wir alle aus allen Fraktionen werden darauf zu achten haben, dass diese Idee durch zahlreiche Kooperationen und Partnerschaften innerhalb Nordrhein-Westfalens verwirklicht wird und dass die großen Potenziale medizinischer Innovation, die unser Land aufweist, zu ihrer vollen Blüte entwickelt werden, gerade auch durch die geplanten Kooperationen.

Jürgen Rüttgers, unser Ministerpräsident, hat recht, wenn er sagt: Nordrhein-Westfalen ist bereits heute eine führende Gesundheitsregion in Deutschland. Wir wollen eine führende Gesundheitsregion in Europa werden, und wir wollen international zu den Besten gehören. – So weit Jürgen Rüttgers.

(Beifall von der CDU)

Rechtzeitig zur Standortentscheidung hat das Kabinett nun auch das erforderliche Errichtungsgesetz für die im vorigen Jahr angekündigte Fachhochschule für Gesundheitsberufe eingebracht. Ich bedanke mich bei allen, die zu der zügigen Vorbereitung dieser Entscheidung beigetragen haben.

Zum Terminablauf brauche ich nicht viel zu sagen. Es ist ein ehrgeiziger Zeitplan, 2010 ans Netz zu gehen. Aber dieser Zeitplan soll eingehalten werden. Dazu können wir durch zügige Beratung einen Beitrag leisten.

Herr Minister Pinkwart hat bereits von den Modellklauseln gesprochen, die es im Kranken- und auch im Altenpflegegesetz gibt. In den Berufsgesetzen der anderen nichtärztlichen Heilberufe, also der Hebammen, der Logopäden, der Physiotherapeuten und Ergotherapeuten, hat das Land eine Bundesratsinitiative gestartet, die seit April 2008 läuft. Wir zählen darauf, dass diese Modellklauseln noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet werden.

Eine Modellklausel zur Übertragung ärztlicher Tätigkeiten, wie sie auf der Bundesebene im Pflegeweiterentwicklungsgesetz eingeführt wurde, ist in der Bundesratsinitiative Nordrhein-Westfalens ausdrücklich nicht vorgesehen.

Mir ist wichtig, die Annahme zu zerstreuen, mit diesem Konzept komme es nun zu einer Abwertung der nicht akademisch ausgebildeten Hebammen, Physiotherapeuten, Ergotherapeuten oder Logopäden und die Absolventen der Fachhochschule für Gesundheitsberufe würden ihre an den Fachschulen ausgebildeten Kolleginnen und Kollegen aus ihren heutigen Aufgaben verdrängen. Schon ein Blick auf die Zahlen zeigt, dass dies nicht der Fall sein wird.

Aus der Gesundheitsberichterstattung des Bundes geht hervor, dass allein im ambulanten Sektor mehr als 60.000 Physiotherapeutinnen und Physiotherapeuten, Masseur und Medizinische Bademeister tätig sind. Nach Schätzungen des Deutschen Bundesverbandes für Logopädie gibt es in Deutschland etwa 10.000 Logopädinnen und Logopäden, nach Angaben des Deutschen Verbandes für Ergotherapie annähernd 20.000 Ergotherapeutinnen und Ergotherapeuten. Aus den Berichten des RKI wissen wir von über 18.000 Hebammen, zwei Drittel davon ganz oder zumindest teilweise freiberuflich tätig.

Wenn man sich diese Zahlen vergegenwärtigt – 60.000, 10.000, 20.000, 18.000 –, dann wird mir jeder bestätigen, dass ein Studienbetrieb mit ca. 300 neu eingeschriebenen Studierenden pro Jahr mit Sicherheit nicht zu einer Verdrängung all dieser Menschen aus ihren angestammten Aufgaben führen wird.

Auch den Ärztinnen und Ärzten und anderen akademischen Gesundheitsberufen sei gesagt, dass von der Gründung dieser Fachhochschule mit Sicherheit keine Gefahr für die zentrale Stellung des Arztberufes im Gesundheitswesen ausgeht. In dieser Hinsicht wären Gefahren in völlig anderen Entwicklungen zu suchen. Tatsache ist vielmehr: Nordrhein-Westfalen schließt mit dieser einzigartigen

Gründung zum internationalen Niveau der wissenschaftlichen Debatte auf.

(Beifall von der CDU)

Damit können wir in Deutschland ausgebildeten Aspiranten dieser Berufe erstmals ein Ausbildungsniveau anbieten, das sie heute nur finden, wenn sie sich zu einem Studium im Ausland entschließen.

Ich bitte nun alle von ganzem Herzen, einen Beitrag dazu zu leisten, dass wir das zügig voranbringen. Deswegen lade ich alle ein, an einem solchen zügigen Beratungsverfahren mitzuwirken. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Henke. – Jetzt hat für die FDP-Fraktion der Abgeordnete Lindner das Wort.

Christian Lindner (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Die FDP-Fraktion freut sich, dass wir heute über das Gesetz beraten können, mit dem wir eine Fachhochschule für Gesundheitsberufe im Rahmen eines neuen Gesundheitscampus mit Sitz in Bochum einrichten werden. Wir freuen uns darüber, weil wir den Ansatz fortsetzen, in Nordrhein-Westfalen MINT-Fächer zu stärken und neue Studienplätze zu schaffen. Dieser Ansatz wird nun um die wichtige Komponente der Gesundheitsberufe ergänzt.

Sie wissen: Im Rahmen der nordrhein-westfälischen Fachhochschuloffensive werden insgesamt 11.000 neue Studienplätze entstehen, 1.000 Studienplätze davon an dieser neuen FH für Gesundheitsberufe. Neben der Bedeutung für die Wissenschaft, für die Hochschullandschaft Nordrhein-Westfalen möchte ich hervorheben, dass im Umfeld dieser neuen FH für Gesundheitsberufe mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit auch zahlreiche neue und zukunftsfähige Arbeitsplätze entstehen werden. Das zeigen alle entsprechenden Untersuchungen und alle anderen Beispiele dieser Art in Deutschland und darüber hinaus.

Die Studierenden erhalten in Bochum künftig eine Ausbildung in den nichtärztlichen Gesundheitsberufen, der Alten- und Krankenpflege, als Hebamme, in der Logopädie, als Ergotherapeuten und anderes mehr. Die Zukunftsbranche Medizinforschung, Medizintechnik gehört bereits heute zu den Schwerpunkten in der nordrhein-westfälischen Forschungslandschaft. Die Neugründung in Bochum wird dieses zukunftssträchtige Feld weiter stärken und ausbauen.

Hinzu kommt, dass mit der Standortentscheidung für Bochum gerade in diesen Tagen eine Region gestärkt wird, die in den vergangenen Jahren in besonderer Weise vom Rückgang des Bergbaus

sowie anderer struktureller Veränderungen betroffen war und bis heute ist.

Die Verortung der neuen FH für Gesundheitsberufe im Umfeld des Gesundheitscampus ist strategisch richtig. Dadurch werden Synergien bestmöglich genutzt. Neben der Fachhochschule werden auf dem Gesundheitscampus Einrichtungen wie beispielsweise das Landesinstitut für Gesundheit und Arbeit, das Strategiezentrum Gesundheit NRW und das Clustermanagement für die Gesundheitsforschung angesiedelt werden. Das heißt, die Gesundheitswirtschaft in Nordrhein-Westfalen wird stärker als bisher an einem Standort gebündelt, vernetzt und weiterentwickelt.

Die Gründung der Fachhochschule für Gesundheitsberufe ist zudem eine weitere wichtige Maßnahme der Koalition im Kampf gegen den absehbaren und auch schon heute beträchtlichen Fachkräftemangel.

Gesundheitsberufe sind Zukunftsberufe. Eine Ausbildung in diesem Bereich ist eine wichtige Investition sowohl in die eigene Zukunft als auch in die Zukunft unserer Gesellschaft. Es ist davon auszugehen, dass im Jahre 2050 ein Drittel aller Deutschen älter als 60 Jahre sein wird.

Damit sind auch ganz andere Anforderungen an den pflegerischen Bereich verbunden. Zugleich ist die eigene Gesundheit heute mehr denn je ein Element der Lebensqualität, das den Menschen wichtig ist und für das sie auch über den Bereich des Medizinischen hinaus – der sogenannte Wellnessbereich – bereit sind, private Mittel einzusetzen.

Der Bedarf an hochwertigen Gesundheitsprodukten sowie an einer professionellen Pflege wird also in den kommenden Jahren und Jahrzehnten rasant anwachsen und damit auch die Nachfrage nach den geeigneten Fachkräften. Zukünftig werden in jedem Jahr 300 Fachkräfte in Bochum ein Studium abschließen können.

In der Gesundheitsbranche gibt es bereits jetzt einen erheblichen Mangel an Fachkräften, insbesondere in der Alten- und Krankenpflege. Die AWO geht davon aus, dass dort bundesweit mindestens 40.000 Fachkräfte fehlen. In einer vom „manager-magazin“ veröffentlichten Rangliste der meistgesuchten Arbeitnehmer rangieren ausgebildete Pflegekräfte in der Spitzengruppe. Auch vor diesem Hintergrund ist das also eine richtige und wichtige Entscheidung.

Mein Fazit: Die FH für Gesundheitsberufe, verortet auf dem neuen Gesundheitscampus in Bochum, bietet die Voraussetzungen, die für eine zeitgemäße und zukunftssträchtige Ausbildung in den unterschiedlichen Bereichen des nichtärztlichen Gesundheitswesens nötig sind. Sie ist ein wichtiger und wesentlicher Beitrag für den Innovationsstandort Nordrhein-Westfalen. Sie ist eine Investition in die Zukunft der jeweiligen Studierenden sowie in die

Zukunft der Gesellschaft und des Landes insgesamt. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Lindner. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erhält Frau Kollegin Steffens das Wort.

Barbara Steffens^{*)} (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Entscheidung über den Gesundheitscampus ist gefallen. Ich finde, das, was dort geplant ist, ist schon ein Leuchtturmprojekt der Landesregierung.

Aber man wird an anderer Stelle noch einmal im Detail darüber reden – und auch darüber reden müssen –, was alles wo im Land abgezogen wird, um es dort zu konzentrieren. Wir haben nach wie vor nicht nur hinter viele Punkte ein Fragezeichen gesetzt, sondern wir üben auch heftige Kritik daran: vom Krebsregister bis zu anderen Bereichen.

Aber, wie gesagt, die Diskussion darüber, was dadurch im Land zerschlagen wird, werden wir an anderer Stelle führen. Heute dreht sich die Diskussion um den Kernpunkt Ihres Gesundheitscampus, um die Fachhochschule für Gesundheitsberufe.

Klar: ein Glückwunsch an Bochum, dass sie bei der Standortentscheidung gewonnen haben. Das tut Bochum mit Sicherheit gut.

Aber ich möchte auch da noch einmal etwas Wasser in den Wein schütten. Es wäre mit Sicherheit einfacher gewesen und hätte mehr Synergieeffekte gebracht, wenn man nicht einen eigenen neuen Hochschulträger ins Leben gerufen, sondern es an eine andere Fachhochschule, zum Beispiel Gelsenkirchen, angedockt hätte. Man hätte mit einer Außenstelle Bochum Synergieeffekte nutzen können.

Die Chance ist vertan worden. Vielmehr kommen wir wieder zu einem neuen Standort. War es nicht die Landesregierung, die immer mal gegen Doppel- und Mehrfachstrukturen an so vielen Stellen gewettert hat? An der Stelle schafft sie sie selbst.

(Beifall von den GRÜNEN)

Aber gut: Das haben wir jetzt. Das werden wir auch aus der Opposition heraus nicht mehr verändern können.

Jetzt geht es darum, wie die Entscheidung ausfallen wird. Heute ist der Gesetzentwurf auf den Tisch gelegt worden.

Ich spreche hier explizit als Gesundheitspolitikerin; denn bei den Berufsgruppen, um die es bei der Fachhochschule geht, handelt es sich um Gesundheitsberufe. Für viele davon – vier – gab es das bisher überhaupt nicht, auch nicht in annähernd vergleichbarer Form. Vielmehr ist das ein Modell. Es ist ein völlig neuer Start.

Wenn ich mir anschau, was in all den Stellungnahmen, Veröffentlichungen und im Gesetzentwurf dazu steht, stelle ich fest: Dort steht, man wolle das Regelniveau der bewährten Fachschulausbildung erhalten. Es steht auch viel darüber, dass man viele Dinge heute noch gar nicht klären könne. Man weiß noch nicht, wie die genaue, konkrete Ausgestaltung aussehen solle.

Aber wenn man ein solches Rahmengesetz auf den Weg bringt, ist doch genau das die Frage: Wie wird der weitere Plan, und wie werden die weiteren Schritte sein? Sie schreiben nämlich in Ihrem Gesetzentwurf schon fest, wann die Fachhochschule im Regelbetrieb an den Start gehen soll. Das ist nicht richtig viel Zeit; denn das Jahr 2010 ist ja sozusagen um die Ecke.

Gestern Abend hatten wir den Parlamentarischen Abend des Frauenrates, wo auch der Hebammenverband als einer derjenigen, die bei der Aufwertung des Berufs mit bedacht sind, einen Stand hatte. Ich habe mit dieser Fachgruppe und auch mit anderen Fachgruppen in der letzten Zeit immer wieder einmal über dieses Thema gesprochen.

Ich denke dabei an die inhaltliche Ausgestaltung: Wie soll das Ganze funktionieren? Wer entscheidet was? Wie und wann werden diejenigen, die in dem Bereich kompetent sind, gefragt? Hinter dieser ganzen Planung stehen mehr Fragezeichen als Ausrufezeichen. Welche Rolle spielen die Verbände und die berufsständischen Vertretungen in diesem Verfahren? Welche Rolle spielt denn das zuständige Fachministerium in dieser Frage?

Schauen wir uns dann einmal den Gesetzentwurf an. Ich meine, wir alle bekommen im Moment im Land die Gründung der anderen Fachhochschule mit, bei der man weiß, dass die Gründungsprofessoren ein Stück weit Sonnenkönige sind, die entscheiden können, was sie wollen. Wir erleben das an vielen Standorten. In Mülheim haben wir es extrem erlebt.

(Zuruf von Minister Karl-Josef Laumann)

Dort versucht der Gründungsprofessor sozusagen in einem Poker, so viel wie möglich für seine Fachhochschule herauszuholen,

(Minister Karl-Josef Laumann: Das ist doch klar!)

egal, ob es am Ende mit den kommunalen Interessen und mit den fachlichen Interessen kompatibel ist.

(Minister Karl-Josef Laumann: Wer soll das sonst machen?)

Ein Gründungsprofessor ist nicht unbedingt jemand, der die Stadtentwicklung, die städteplanerische Entwicklung und die Verkehrsanschlüsse kennt – welche ÖPNV-Anbindung braucht man –, sondern er ist eigentlich für die inhaltliche Ausgestaltung

zuständig. Dieses Hochschulgesetz initiiert Sonnenkönige und versucht an bestimmten Stellen nicht, fachlich das Beste herauszuholen. Diese Kritik muss man einräumen können.

Wenn wir es auf die Gesundheitsberufe herunterbrechen, so ist festzustellen, dass für die Prüfungen, für die Weiterbildung und für diesen Bereich insgesamt das Gesundheitsministerium inhaltlich zuständig ist. Das Gesundheitsministerium mit dem Gesundheitsminister kommt in diesem Gesetz aber nicht vor, sondern das Wissenschaftsministerium. Das halten wir in diesem Bereich für grundsätzlich falsch.

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

Wir halten es für falsch, dass ein Gründungsprofessor bezogen auf die Dekangestaltung, die Steuerung und Ausgestaltung der Curricula und die gesamte inhaltliche Gestaltung mehr Regelungskompetenz hat als die Fachaufsicht. Wir halten es für nicht zulässig, dass der Minister am Katzentisch sitzen soll.

(Beifall von den GRÜNEN)

Hier geht Freiheit vor Qualität. Das halten wir an dieser Stelle für falsch. Wir hoffen, dass dies im laufenden Verfahren der Anhörung zur Sprache kommen und es eine Nachbesserung geben wird. Denn wir glauben, dass es so nicht im Interesse der Heilberufe ist, auch – noch einmal gesagt – wenn es für viele der Bereiche gut ist, dass durch diese Akademisierung eine Aufwertung stattfindet. Aber es muss auch inhaltlich richtig und adäquat ausgestaltet sein. Da habe ich doch sehr viele Bedenken.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Steffens. – Für die CDU-Fraktion hat jetzt Herr Prof. Dr. Sternberg das Wort.

Prof. Dr. Thomas Sternberg (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Wir haben gestern Morgen über Probleme am Standort Bochum gesprochen. Heute reden wir über eine gute Meldung für den Standort Bochum: eine neue Fachhochschule für die Wissenschaftsstadt im Ruhrgebiet.

Noch vor wenigen Wochen haben wir hier über das Fachhochschulausbaugesetz debattiert. Dieses Gesetz beschert diesem Land drei neue Fachhochschulen und mehr als 10.000 neue Studienplätze. Diese Gründungswelle wird dem Land einen deutlichen Push geben.

(Beifall von der CDU)

Jetzt wird eine weitere spezialisierte Hochschule mit allein 1.000 Studienplätzen für den Bereich der nichtärztlichen Gesundheitsberufe errichtet. Das sind also vom nächsten Jahr an je Studienjahr mehr

als 300 Plätze nur für diese Berufe. Da dies flächenbezogene Studienplätze sind, wissen die Fachleute, dass es im Endeffekt wahrscheinlich sogar noch mehr Studienplätze sein werden.

Damit handelt es sich bundesweit um die erste Fachhochschule für Gesundheitsberufe in staatlicher Trägerschaft. Das ist eine Innovation und ein Modell mit Bedeutung weit über unser Land hinaus. Damit wird eine Zukunftsperspektive für das Ruhrgebiet geschaffen.

(Beifall von Manfred Kuhmichel [CDU])

Immer noch leben über 5 Millionen Menschen in diesem Raum. Es gibt dort eine besonders dichte Landschaft von Krankenhäusern und Einrichtungen des Gesundheitswesens. Aber nicht nur dort ist Gesundheitswirtschaft eine der wichtigsten Ressourcen für unsere Zukunft. Strukturwandel lässt sich mit diesem Thema besonders gut entwickeln. Insofern ist das, was hier gemacht wird, eine Investition in die Zukunft.

(Zuruf von Rüdiger Sagel [fraktionslos])

Die Bochumer Universität ist eine Universität mit einem spezifischen Bochumer Modell, das nicht mit einer eigenen Universitätsklinik arbeitet, sondern mit Lehrkrankenhäusern, und daher wahrscheinlich auch ein sehr guter Ort, um die Pluralität der Einrichtungen, die für diese Fachhochschule gebraucht werden, zu entwickeln.

(Beifall von Manfred Kuhmichel [CDU])

Außerdem freue ich mich als Westfale ganz nebenbei natürlich auch, dass eine westfälische Stadt ausgesucht worden ist.

An dieser Fachhochschule werden Alten- und Krankenpfleger, Hebammen, Logopäden, Physiotherapeuten und Ergotherapeuten ausgebildet. So weit ist das ein Thema der Gesundheitspolitik. Aber das Ganze ist zudem auch ein Thema der Wissenschaftspolitik. Frau Steffens, ich kann mir vorstellen, dass Sie das gerne sehr viel konkreter hätten, aber das widerspricht unserer grundsätzlichen Linie der Wissenschaftspolitik.

(Zuruf von Barbara Steffens [GRÜNE])

Wir geben die Dinge nicht bis ins Detail vor, sondern wir überlassen den Fachleuten die Ausgestaltung der Dinge, die kommen. Das heißt: Wir haben ein System nach dem Hochschulfreiheitsgesetz, das es den Hochschulen selbst ermöglicht, die Dinge zu entwickeln, selbstverständlich mit Akkreditierungspflicht –

(Zuruf von Rüdiger Sagel [fraktionslos])

die Akkreditierung wird gefordert – und selbstverständlich mit einer Aufsichtspflicht hinsichtlich der berufsständischen Anerkennungen durch das entsprechende Ministerium. Das heißt: Wir gehen nicht her, legen etwas vor und sagen „So müsst ihr das

machen; friss oder stirb!“, sondern wir vertrauen darauf, dass die Fachleute und die Leute, die das zu machen haben, die kompetenteren Leute für die Ausgestaltung sind.

(Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, die Akademisierung der Gesundheitsberufe ist nicht unproblematisch. Darauf hat vorhin schon mein Kollege Rudolf Henke hingewiesen. Wichtig scheint mir in diesem Zusammenhang auch zu sein, was er vorhin gesagt hat, nämlich die Zahlenverhältnisse, um die es hier geht.

(Zuruf von Gerd Stüttgen [SPD])

Wir wollen keine Beschränkung der qualifizierten Berufe des Gesundheitswesens nur für Abiturienten. Auch der gute Hauptschulabschluss muss den Weg bis zu diesen Abschlüssen an der neuen Gesundheitsfachhochschule öffnen. Es geht auch nicht darum, eine bewährte und qualifizierte Fachschulbildung nur deshalb zu ersetzen, weil diese in Deutschland nicht wie etwa im angelsächsischen Raum als eine Hochschulbildung gewertet oder gezählt würde. Aber es gibt von zunehmend vielen Studierenden den Wunsch nach einem solchen Studium, und es gibt internationale Entwicklungen und auch Entwicklungen bei uns, auf die wir nicht nur reagieren, sondern die wir gestalten wollen.

Das grundständige Studium ermöglicht den Erwerb eines Fachschulabschlusses und des Berufschulabschlusses nach den Berufsgesetzen im Sinne der dort festgelegten bzw. einzuführenden Modellklauseln. Modell heißt in diesem Zusammenhang in dem Text: eine Klausel in den Berufsgesetzen.

Das ist also ein Vorbehalt, der nicht etwa meint, dass die neuen Studiengänge exklusiv in Bochum angeboten würden. Denn auch in den anderen Gesundheitsregionen unseres Landes und an anderen Einrichtungen der Gesundheitswirtschaft und Medizin in unserem an diesen Einrichtungen so reichen Land – also um Bielefeld, um Aachen, um Bonn, im Sauerland und auch um Münster – freut man sich über die neue Möglichkeit zu solchen Studiengängen.

(Beifall von Manfred Kuhmichel [CDU] – Zuruf von Rüdiger Sagel [fraktionslos])

Evaluation und fachliche Begleitung sind bei solchen Modellvorhaben selbstverständlich.

Meine Damen und Herren, in Bochum ist die Fachhochschule das Herzstück des neuen Gesundheitscampus. Dort werden Forschung und Lehre an der Universität durch spezifische, auf bestimmte Berufsfelder ausgerichtete Ausbildungsgänge an einer ganz eigenständigen Fachhochschule ergänzt. Ich glaube, es ist eine gute Sache, dass diese eigenständig ist.

Ich denke, dabei sind Kooperationen und Überschneidungen mit anderen Bereichen durchaus erwünscht. In Bochum knüpft die Entscheidung übrigens an die wichtigste Infrastrukturentscheidung der letzten Jahrzehnte für diese Region an, nämlich an die Gründung der Ruhr-Universität 1965 durch Franz Meyers. Auch das war eine Entscheidung einer CDU-geführten Regierung in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der CDU)

Und nun der Ausbau des Gesundheitscampus durch Jürgen Rüttgers. Schade, dass das Ruhrgebiet 40 Jahre lang warten musste, bis statt Subventionsfilz wieder echte Strukturhilfen den überfälligen Wandel stützen.

(Beifall von der CDU)

Die Gründung der neuen Fachhochschule ist ein Zeichen für einen Wandel in dreifacher Hinsicht: für den Strukturwandel des Ruhrgebietes, für den Wandel in den Berufsbildern der Gesundheitsberufe und für den Wechsel im Tempo der Reformen zur Erneuerung des Landes seit 2005. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Sternberg. – Für die FDP-Fraktion hat der Kollege Witzel das Wort.

Ralf Witzel (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf Ihnen für die FDP-Landtagsfraktion, aber auch als Ruhrgebietsabgeordneter die große Freude unsererseits vortragen, dass wir diese neue Fachhochschule für Gesundheitsberufe im Ruhrgebiet, in der Stadt Bochum, bekommen. Wir gehen davon aus, dass es eine große und intensive Nachfrage geben wird nach den angebotenen 1.000 modernen, praxisnahen Studienplätzen für den Bereich der nichtärztlichen Gesundheitsberufe, beispielsweise Logopäden, Ergotherapeuten, Hebammen, Kranken- und Altenpfleger.

Wir meinen erstens, dass es fachlich richtig ist, dass entschieden wurde, einen entsprechenden Ausbildungsstandort in Nordrhein-Westfalen zu bekommen, für den im Markt auch Bedarf besteht. Wir meinen zweitens, dass die strukturpolitische Komponente, den Gesundheitscampus mit dieser Fachhochschule im Ruhrgebiet anzusiedeln, die richtige Entscheidung ist. Es gab ein Wettbewerbsverfahren mit der Maßgabe, dass es in die Region Ruhrgebiet als Kohlerückzugsregion passen muss, womit es auch eine strukturpolitische Bedeutung hat.

In den letzten Tagen haben wir – das ist auch wichtig – in aller Offenheit vorgetragen, dass wir, genauso wie beim Thema Subventionsbergbau, aber auch, was andere Industriearbeitsplätze angeht, den Steuerzahler nicht hemmungslos ins Obligo

nehmen dürfen, wenn Arbeitsplätze nicht wettbewerbsfähig sind. Wir haben den Rückzug von Nokia schmerzlich erfahren müssen, nachdem dort die Subventionszahlungen abgegriffen worden sind. Es gibt eine ungewisse weitere Planung im Bereich Opel, die sich möglicherweise in den nächsten Tagen konkretisieren wird. Deshalb ist es für die Region aufgrund des Endes des Subventionsbergbaus ganz entscheidend, dass wir neue, zukunftsfähige Arbeitsplätze bekommen. Es war immer unsere Philosophie, klar zu sagen: Wir lassen Regionen nicht im Stich, auch wenn sich Strukturen ändern. Es ist dann in der Tat auch die Aufgabe eines Staates, die richtigen Leitentscheidungen im Bereich der Infrastrukturplanung zu treffen.

Wir gehen davon aus, dass, eingebettet in die Gesamtplanungen des Landes – wobei man die Fachhochschule für Gesundheitsberufe nicht isoliert sehen darf, sondern im Kontext mit den anderen Fachhochschulneugründungen –, innerhalb der nächsten zehn Jahre über 1 Milliarde € an Kapital mobilisiert wird, was strukturpolitisch außerordentlich wertvoll ist für die Neuaufstellung im Ruhrgebiet. Dort ist die Gesundheitswirtschaft neben der Kreativökonomie die zweite tragende, neue Säule für Innovation und der Beschäftigungsmotor in neuen Feldern, die strukturpolitisch für die Region bislang nicht prägend waren.

In der Gesamtheit mit den anderen Fachhochschulneugründungen in den MINT-Fächern kommen wir auf 11.000 zusätzliche Studienplatzangebote. Das ist ein sehr gutes und ermunterndes Signal auch für die Jugend in unserem Land, dass es verbesserte Studienperspektiven gibt. So machen wir auch ausdrücklich deutlich, wir handeln gegen den Fachkräftemangel. Deutschlandweit muss davon ausgegangen werden, dass in den nächsten Jahren bis zu 150.000 Fachkräfte fehlen – so die Schätzung aus der Wirtschaft. Wir leisten in Nordrhein-Westfalen einen ersten wichtigen Beitrag, um mit der Ausbildung in Fachhochschulen gegenzusteuern.

Deshalb sehen wir mit großer Freude den Gesundheitscampus Ruhrgebiet mit einer starken, innovativen Fachhochschule für die nichtärztlichen Gesundheitsberufe im Gesamtkontext der Planungen und verweisen ausdrücklich darauf, dass mit jeweils 2.500 Studienplätzen an den Standorten „Nördlicher Niederrhein“ – Kleve/Kamp-Lintfort –, „Westliches Ruhrgebiet“ – Mülheim/Bottrop – und Hamm/Lippstadt ebenfalls gehandelt wird, um im RVR-Gebiet neue Perspektiven zu erschließen.

Wir wünschen für die weiteren Planungen viel Erfolg und werden das parlamentarisch von unserer Seite aus begleiten. Wir gehen fest davon aus, dass das ein ganz wichtiger Innovationsschub für die Region ist, dem der Sache und der Menschen im Ruhrgebiet wegen Vertreter aller Fraktionen im Haus beipflichten sollten. Das darf kein Projekt des Streitigen werden. Wir alle sollten gemeinsam daran arbeiten,

dass die neue Fachhochschule für Gesundheitsberufe mit Standort in Bochum zum Erfolg wird. – Vielen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Witzel. – Für die Landesregierung hat jetzt Herr Minister Laumann das Wort.

Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In meiner Rede möchte ich nicht alles wiederholen, weil schon vieles gesagt worden ist. Aber zunächst einmal freue ich mich darüber, dass alle Fraktionen des nordrhein-westfälischen Landtages grundsätzlich der Meinung sind, dass die Entscheidung für die Fachhochschule im Ruhrgebiet richtig ist,

(Beifall von CDU und FDP)

dass wir sie für die Weiterentwicklung des Gesundheitssystems in Nordrhein-Westfalen brauchen, vor allen Dingen auch deswegen, weil wir ein Interesse daran haben müssen, dass die Versorgung der Menschen bei einem sich verändernden Gesundheitssystem und bei einer Veränderung der Krankheitsbilder auf einem hohen Niveau bleiben muss. Deswegen möchte ich einige Grundsätze klarmachen.

Für uns stand bei der Idee der Fachhochschule von Anfang an fest, dass wir das Gros der Studiengänge wie in der sogenannten dualen Ausbildung haben wollen. Das heißt, die Leute werden eine bodenständige Ausbildung machen. Dafür brauchen wir die Ausbildungsstätten, die für viele Bereiche Krankenhäuser, für andere Bereiche aber auch zum Beispiel Altenpflegeheime sind. Wenn Sie das für eine solche Anzahl von Menschen haben wollen, dann müssen Sie das auch in der Nähe in einem großen Umfang anbieten. Damit war die Grundsatzentscheidung, dass man in das Ballungsgebiet gehen muss, unumgänglich und richtig. Es ist also auch eine fachliche Begründung, weil wir die duale Ausbildung haben wollen.

Warum wollten wir die duale Ausbildung, die insbesondere ich wollte? – Weil wir heute viele Studiengänge haben, etwa im Bereich der Pflege, in denen man erst einmal drei Jahre lang eine bodenständige Ausbildung macht und dann drei Jahre lang weiterlernt. Dann sind wir bei sechs Jahren. Es gibt sogar einige, die zwischen der Ausbildung und dem Beginn des Studiums ein oder zwei Jahre praktische Arbeit in den jeweiligen erlernten Berufen verlangen. Dann sind wir bei sieben, acht Jahren.

So lange dauert auch ein Medizinstudium. Wir wollen mit der Studiausbildung eine Möglichkeit schaffen, mit etwa drei bis vier Jahren hinzukommen. Das ist auch ein wichtiges Signal in die Pfl-

geberufe hinein, dass man mit einer hohen Qualifikation in einer bestimmten Studienzeit durchkommen kann, die ich für angemessen halte. Das war mir in dieser Frage ganz wichtig. Wenn man bedenkt, was sich im Pflegebereich in den letzten Jahren an Zeitachsen, bis man bei dem Diplom ankam, eingeschlichen hat, finde ich schon, dass wir hier ganz bewusst gegensteuern sollten, wie es in vielen anderen Berufen der dualen Berufsausbildung auch der Fall ist.

Zweiter Punkt: Wir werden in den nächsten 15 bis 20 Jahren eine völlige Veränderung in unserer Gesellschaft insofern erleben, als die älteren Menschen viel mehr und die jüngeren Menschen viel weniger werden. Das wird auch in der Versorgung der Menschen im Gesundheitsbereich zu Veränderungen führen, die ein Gesundheitssystem noch nie bewältigen musste. Das werden wir bewältigen müssen mit nicht immer mehr und unendlich zur Verfügung stehenden Ressourcen. Wir wollen auf der anderen Seite aber weiterhin trotz all dieser Herausforderungen eine qualitativ gute Versorgung der Menschen sicherstellen.

Deshalb glaube ich, dass die Menschen, die in Zukunft in den mittleren und oberen Führungsebenen des Gesundheitswesens Verantwortung übernehmen, darauf hinarbeiten müssen, wie man mit nicht unbegrenzten Ressourcen Versorgungsstrukturen schaffen kann, die die Menschen gut versorgen, die auf einem hohen qualitativen Niveau sind, aber auch mit einer solchen Situation fertig werden. Hier spielt ein Fallmanagement für den einzelnen Patienten im Krankenhaus und die Frage, wie lange man für eine bestimmte Krankenhausbehandlung braucht, wenn man das alles gut organisiert, eine große Rolle. Das gilt auch für viele andere Bereiche. Dies wird eine ganz andere Herausforderung als in der Vergangenheit. Davon bin ich fest überzeugt.

Ich würde mir sehr wünschen, dass unsere Fachhochschule, die wir jetzt in Bochum aufbauen, in ihren Ausbildungsgängen in den unterschiedlichen Bereichen gerade diesen Aspekt sehr stark mit im Auge behält. Ich bin fest davon überzeugt, dass die Versorgungsforschung und die Umsetzung von Versorgungsstrukturen ganz wichtige Aufgaben im Gesundheitssystem werden, um trotz Rationalisierungseffekten die Menschlichkeit zu bewahren vor dem Hintergrund, dass es in dieser veränderten Zeit mit begrenzten, nicht unendlich zur Verfügung stehenden Ressourcen gehen muss.

Es gibt einen weiteren Punkt, den ich heute ansprechen muss. Bis jetzt dürfen wir aufgrund der in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Gesetze eine solche Ausbildung, über die wir alle heute gesprochen haben, nur im Bereich der Pflegeberufe machen. In den anderen nichtärztlichen Heilberufen dürfen wir das noch nicht. Hier habe ich die Bitte an die beiden zurzeit in Berlin regierenden Koalitionsfraktionen, also auch an die Sozialdemokraten hier

im Haus, alles daran zu setzen, dass wir noch vor der Bundestagswahl auch die Modellklausel für die außerhalb der Pflege vorhandenen nichtärztlichen Gesundheitsberufe bekommen. Im Bundestag gab es in dieser Woche eine Anhörung, und dazu gibt es unterschiedliche Meinungen. Wenn wir das vor der Bundestagswahl – bis dahin gibt es in Berlin noch drei Sitzungswochen – nicht über die Rampe heben, dann haben wir erhebliche Probleme, das so zu machen, wie wir es hier heute gemeinsam besprochen haben.

Die Gesundheitsminister haben einstimmig – 16:00 – gesagt, dass sie diese Klausel ohne weitere Evaluationen gerne haben wollen. In diesem sehr komplizierten System der Gesundheitsberufe in Deutschland gibt es aber immer welche, die sagen: Da brauchen wir eigentlich noch eine Untersuchung; da müssen wir noch einmal überlegen; lasst und das lieber nicht jetzt entscheiden! – Ich kann nur sagen: Für den Aufbau dieser Fachhochschule, über die wir heute reden, brauchen wir eine Entscheidung im Deutschen Bundestag in den nächsten drei bis vier Wochen. Jeder weiß, was eine Bundestagswahl bedeutet – die Konstituierung des neuen Parlamentes.

Hier erinnere ich an unseren Zeitplan. Es hängt ja auch mit dem doppelten Abiturjahrgang zusammen, warum wir unbedingt zu einem bestimmten Zeitpunkt diese Schule anbieten wollen. Für die Gesundheitsberufe – Frau Steffens, Sie haben das angesprochen – ist das Jahr 2010 vielleicht gar nicht so wichtig. Aber wir brauchen wegen der Abiturjahrgänge, die auf uns zukommen, 2010 die Kapazitäten, die wir jetzt schaffen wollen, und nicht erst nach diesem Datum. Das ist ein Gebot der Vernunft und auch der Praktikabilität.

Es wurde gefragt, was die Kompetenz des Wissenschaftsministers und die Kompetenz des Gesundheitsministers ist. Vielleicht kennen Sie das aus Ihrer Zeit, Frau Steffens, als Sie einer Regierungsfraktion angehört haben, nicht so. Bei uns gibt es ein gemeinschaftliches Handeln einer gesamten Landesregierung.

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von Barbara Steffens [GRÜNE])

Ich habe nicht den Eindruck – im Vorfeld der Überlegungen über Gesundheitscampus, Fachhochschule musste ja darüber nachgedacht werden, wie wir das Ganze zusammenbinden –, dass wir das in der Gesamtverantwortung der Landesregierung nicht hinbekommen. Und Sie müssen sich an eines gewöhnen – das unterscheidet uns eben auch von Ihrer Regierung –: Wir werden nicht alles durch Ministerialbürokratie vorgeben,

(Beifall von CDU und FDP)

sondern wir werden uns bei der Auswahl der Menschen sehr viel Mühe geben, die natürlich als Gründungsleute einer Hochschule diese Hochschule

wahrscheinlich mit am meisten prägen. Jeder, der der Erste ist und so etwas macht, prägt sie deutlich mit. Das ist doch logisch. Das gilt im Übrigen für jede Schule, die gegründet wird. Der erste Rektor einer Schule prägt diese Schule am meisten. Deswegen werden wir für die Auswahl des Personals, das wir dafür brauchen, allerhöchste Kriterien anlegen. Ich glaube, dass wir dann mit denen zusammen die Dinge so entwickeln werden, dass diese Schule von ihren Lerninhalten her den jungen Leuten ein solches Rüstzeug mitgibt, dass sie anschließend eine tolle Chance haben, im Bereich der Gesundheitswirtschaft Mann und Frau zu stehen und die gesamte Gesundheitswirtschaft in Nordrhein-Westfalen nach vorne zu bringen.

Dabei müssen wir eines wissen: Diese Hochschule in Bochum wird in Konkurrenz zu anderen Fachhochschulen im Land Nordrhein-Westfalen und darüber hinaus stehen, die heute schon sehr gute und interessante Studiengänge in dem Bereich, über den wir heute sprechen, anbieten.

Es wird keine staatliche Verordnung geben, dass man zum Studieren nach Bochum gehen muss, sondern die Hochschule wird auch in dieser Frage natürlich im Wettbewerb zu anderen Hochschulen stehen. Aber wir scheuen diesen Wettbewerb nicht, sondern wir stellen uns ihm schlicht und ergreifend. Denn Wettbewerb sorgt aus unserer ganzen Vorstellung heraus auch dafür, dass sich eine Schule und auch eine Hochschule selbst sehr viel Mühe geben muss, interessante innovative Dinge anzubieten, um letzten Endes in diesem Wettbewerb bestehen zu können.

Deswegen – das müssen Sie zur Kenntnis nehmen – gibt es in unserem Denken keine Schulbezirke. Dass man in einer bestimmten Frage nur an einem bestimmten Ort etwas tun darf, gibt es bei uns auch nicht. Dieses Denken haben Sie viele Jahre gehabt. Nehmen Sie die Schranken weg, vertrauen Sie uns, die Sache wird gut! – Danke schön.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Laumann. – Einige im Saal werden es gemerkt haben, die Redezeit der Landesregierung ist ein bisschen länger genutzt worden, acht Minuten und 45 Sekunden. Das soll jedoch nicht zu längerer Redezeit animieren, sondern soll nur heißen, dass allen Fraktionen entsprechend längere Redezeiten zur Verfügung stünden.

Für die SPD-Fraktion hat sich Frau Kollegin Gebhard zu Wort gemeldet. Bitte schön, Frau Gebhard.

Heike Gebhard (SPD): Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich brauche keine längere Redezeit, die ich aufgrund der Überziehung der Landesregierung hätte. Ich hätte ohnehin noch Redezeit zur Verfügung gehabt, und für das, was ich

sagen möchte, reicht die Zeit völlig aus. Ich will das hier nicht in die Länge ziehen.

Jedoch eines muss noch gesagt werden: Herr Minister Laumann, Sie haben gerade sehr viel darüber ausgeführt, wie Sie sich die Ausbildung an der Fachhochschule vorstellen.

(Minister Karl-Josef Laumann: Das machen wir auch so!)

Sie haben beschrieben – da will ich Ihnen nicht widersprechen –, wie die Ausbildung aussehen soll. Nur habe ich mir vorhin erlaubt – darauf sind Sie mit keinem Wort eingegangen –, darauf hinzuweisen, dass Sie, wie Frau Steffens gesagt hat, nicht nur am „Katzentisch“ sitzen, sondern Ihr Haus im Verfahren zu diesem Gesetzentwurf überhaupt nicht vorgesehen ist. Sie können ja Ihre Vorstellung haben, aber Sie sind auf den Goodwill des Wissenschaftsministeriums angewiesen, dass Ihre Ideen umgesetzt werden.

(Minister Karl-Josef Laumann: Ja, das ist auch in Ordnung!)

Sie haben null Beteiligung. Es geht – mit Verlaub, Herr Professor Sternberg – nicht darum, dass wir einen „Diktator Laumann“ möchten, aber wir möchten gern einen Mitwirkenden haben, einen, der tatsächlich das verbriefte Recht hat, mitzuwirken. Ich denke, das ist nicht nur billig, sondern das ist aufgrund der Fachlichkeit geboten.

Das müsste hier noch einmal klar werden. Ich fände es gut, wenn Sie sich dazu einlassen würden. Gottvertrauen ist gut, aber wir wissen, in der politischen Auseinandersetzung insbesondere zwischen diesen beiden Parteien ist es ganz gut, wenn man ein paar Rechte verankert hat.

(Zuruf von Minister Karl-Josef Laumann)

Diese Rechte sollte man sich durchaus nehmen. Die Tatsache, dass Sie darauf sozusagen freiwillig verzichten wollen, spricht Bände.

Der Hinweis darauf – gestatten Sie mir diese kleine Bemerkung nicht als gesundheitspolitische Sprecherin, sondern als wissenschaftspolitische Aktivistin –, dass wir mit zusätzlichen 300 Studienplätzen den doppelten Abiturjahrgang retten, das ist – mit Verlaub – ein kleiner Tropfen auf den heißen Stein in dieser Geschichte.

(Beifall von Barbara Steffens [GRÜNE] – Minister Karl-Josef Laumann: Das ist auch ein Beitrag!)

Das nur als Bemerkung am Rande. – Danke schön.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Gebhard. – Für die Grünen-Fraktion hat sich noch einmal Frau Kollegin Steffens zu Wort gemeldet.

Barbara Steffens¹⁾ (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Minister Laumann, ich kann es ein Stück weit verstehen, dass ich, wenn ich als Fachminister in einem Prozess überhaupt nicht vorkomme, mich hier hinstelle und sage: Alles wird gut. Ich bin auf der informellen Ebene beteiligt.

Wir werden jetzt aber noch einen Prozess haben, in dem es ein Anhörungsverfahren gibt, zudem der AGS schon klar gesagt hat, dass er an diesem Anhörungsverfahren beteiligt werden will;

(Minister Karl-Josef Laumann: Ja!)

denn es geht um die inhaltliche und auch perspektivische Ausgestaltung der Berufe, die in Ihrer und damit auch in unserer, also der des Ausschusses liegenden Zuständigkeit liegt.

(Zuruf von Minister Karl-Josef Laumann)

Insofern kann man nicht einfach sagen: Wir wollen an allen Stellen Freiheit haben.

Ich will das einmal an einem Beispiel deutlich machen. Der Beruf der Hebamme hat im Gegensatz zu den anderen Ausbildungsberufen hier eine sehr hohe Eigenständigkeit. Die Hebammen sind in ihrem späteren Berufsleben nicht an irgendwelche Weisungen von Ärzten oder von sonst jemand gebunden. Bei dem Auswahlverfahren wird heute darauf geachtet, ob die Person, die diese Ausbildung machen will, von Ihrer Persönlichkeitsstruktur her für diesen Beruf geeignet ist.

Das heißt, wir haben ein Regularium, wie die Ausbildung stattfindet und wie eine Frau dazu befähigt wird, dass sie diesen Beruf, diese Berufung hinterher ausüben kann. Insofern ist es schwierig, das auf eine Fachhochschulausbildung zu übertragen. Deshalb kann man nicht einfach davon ausgehen, dass das Wissenschaftsministerium, das eigentlich für die MINT-Fächer und Sonstiges zuständig ist, das schon macht und dann mit mir reden wird. Darauf muss der Fachminister Zugriff haben und mitreden dürfen. Er muss auch darauf achten, dass die berufsständischen Interessen im Sinne von fachlichen Interessen und Qualifikationen in den Prozess einfließen. Zu sagen, „alles wird gut“, ist an der Stelle zu kurz gegriffen.

Der andere Punkt, auf den Sie gar nicht eingegangen sind, ist die Frage der Anschlussfähigkeit. Wir haben eine große Anzahl von Schulen mit einem hohen Niveau und einer guten Ausbildung. Wir bekommen eine Fachhochschule, die zuerst nur wenige Plätze hat. Insofern gibt es natürlich keine Konkurrenz zu den Schulen. Aber wenn ich einmal die Akademisierung eines solchen Berufs vorgenommen habe, wird es es viele Menschen geben, die diese Ausbildung anstreben.

(Minister Karl-Josef Laumann: Ja!)

Wir bekomme ich die Anschlussfähigkeit hin? Wie soll sie funktionieren? Welche Rolle spielt das Mi-

nisterium dabei? Welche Ideen liegen vor? – Zu diesen Fragen haben Sie nichts gesagt.

Ich denke, bei der Anhörung wird es einen Prozess geben, bei dem wir fachpolitisch und gesundheitspolitisch ins Detail gehen werden. Ich hoffe, dass Sie sich dann nicht dagegen wehren, sodass man diese Diskussion auch einmal offen führen kann: Welche Kompetenzen muss in diesem Verfahren ein Fachminister haben und welche nicht? Sperren Sie sich doch nicht dagegen, wenn die Opposition sagt, sie wolle den Minister ein bisschen mehr in die Verantwortung nehmen und auch, dass er mehr Kompetenzen bekommt. Sie sollten sich darüber freuen, dass wir Sie einbinden wollen, statt sich dagegen zu wehren. Ich bin auf den Prozess gespannt, und ich hoffe, dass wir mit ein guten Ergebnis da herauskommen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Steffens. – Für die CDU-Fraktion hat sich noch einmal Herr Kollege Henke zu Wort gemeldet.

Rudolf Henke (CDU): Herr Präsident! Verehrte Damen, meine Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Erst einmal ist die Freude groß, Frau Steffens, Frau Gebhard. Wir stellen entzückt und auch mit großem Gleichklang fest, dass Karl-Josef Laumann das Vertrauen des gesamten Hauses verdient.

(Beifall von der CDU)

Wir teilen diese Auffassung, und es ist gut, dass Sie das einmal unterstreichen. Das wurde Zeit.

(Zuruf von Barbara Steffens [GRÜNE])

Das zeigt auch die Entwicklung, in der Sie sich befinden.

(Minister Karl-Josef Laumann: Die ist aber vergiftet!)

Ich will auf einen einzigen Punkt eingehen. Warum tun Sie das gerade an dieser Stelle? Sie tun es, weil Sie ein Rückspiel suchen, weil sich Ihre Konzepte zum Hochschulfreiheitsgesetz nicht durchgesetzt haben

(Minister Karl-Josef Laumann: So ist das!)

und weil Sie an dieser Stelle als Sondergesetz eine Alternative zum Hochschulfreiheitsgesetz im Errichtungsgesetz für die Fachhochschule Gesundheitsberufe haben wollen. Damit diskriminieren Sie diese Form von Ausbildung von vornherein. Denn wenn das konsequent wäre, dann müssten wir ja den Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes in den Betrieb jeder medizinischen Fakultät, jeder Fakultät für Pharmazie

(Beifall von CDU und FDP)

und jeder Fakultät für Zahnheilkunde einbeziehen. Nein, da haben wir eine Prüfungsordnung, da haben wir eine Ausbildungsordnung. Genau wie bei den akademischen Berufen wird es hier bei den bisher nicht akademischen Berufen jetzt auch in dem akademischen Ausbildungsgang so sein, dass es Staatsprüfungen gibt, dass es eine staatlich vorgeschriebene Ausbildungsordnung gibt und dass man entweder mit dem Studiengang dieser Ausbildungsordnung gerecht wird oder nicht. Wenn man ihr gerecht wird, wird die Ausbildung erfolgreich abgeschlossen. Das ist rechtlich einwandfrei geregelt.

Deswegen: Jawohl, bleiben Sie bei Ihrem großen Vertrauen in den Sozialminister! Unterstützen Sie ihn in allen Wahlkämpfen! Sorgen Sie dafür, dass er noch mehr Unterstützung im Volk findet! Aber verschonen Sie uns mit der Vorstellung, dass Sie das dadurch machen könnten, hier ein Rückspiel zum Hochschulfreiheitsgesetz spielen zu wollen. Das funktioniert nicht. – Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Henke. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit sind wir am Ende der Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Gesetzentwurfs Drucksache 14/9249** an den **Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie** – federführend – sowie an den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales**. Wer stimmt der Überweisung zu? – Stimmt jemand dagegen? – Enthält sich jemand? – Niemand. Damit ist der Gesetzentwurf einstimmig überwiesen.

Wir kommen zu:

3 Strompreismanipulationen durch E.on – allein in 2007 ein Schaden von 13 Mrd. Euro?

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/9260

Ich eröffne die Beratung und erteile für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herrn Kollegen Priggen das Wort. Bitte schön.

Reiner Priggen (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Der Strom, den wir alle verbrauchen, wird zu etwa 20 % an der Strombörse gehandelt. Das ist für uns in Deutschland die EEX in Leipzig. Die Skandinavier haben die Nordpool. Die Niederländer haben die Amsterdamer Börse. Bei uns läuft das fast ausschließlich über Leipzig.

Es hat nicht nachvollziehbare Preissprünge an dieser Börse gegeben, die sich massiv ausgewirkt haben. Von 1999 bis 2002 lag der Strompreis vor Steuern, Netzentgelt und Konzessionsabgaben auf einem Niveau zwischen 16 und 20 € pro Megawattstunde. Bis 2007 ist er auf etwa 60 € pro Megawattstunde angestiegen, immer vor Steuern gerechnet, ohne dass es einen nachvollziehbaren Grund durch einen Anstieg von Brennstoffkosten oder Ähnlichem gegeben hätte. Es hat immer wieder eine kritische Debatte gegeben, ob die großen Stromerzeuger auf die Börse in Leipzig steuernd Einfluss nehmen, um das Preisniveau hochzuschrauben.

Dann hat dankenswerterweise die Europäische Kommission mit Unterstützung des Bundeskartellamtes Hausdurchsuchungen bei E.ON, bei RWE, bei Vattenfall und bei Energie Baden-Württemberg durchgeführt. Das sind die großen vier, die rund 90 % der Großstromerzeugung besitzen. Die EU-Kommission hat derartig viel Material gefunden, dass sie am 7. Mai 2008 ein Bußgeldverfahren – ähnlich wie das bei Microsoft oder jetzt bei Intel läuft – gegen E.ON einleiten konnte.

Das Material hat sie vor allen Dingen bei E.ON Sales & Trading gefunden. Das sind die Kollegen gewesen, die dort Strom gehandelt haben. Die waren außerordentlich stolz auf das, was sie gemacht haben, weil es ihnen gelungen ist, das Strompreislevel zu steuern und hochzuschrauben.

Ich zitiere einmal einige wirklich bemerkenswerte Aussagen aus dem Material, das bei den Durchsuchungen gefunden worden ist.

Die Antwort auf der Vorstandssitzung bei E.ON Sales & Trading am 8. Dezember 2003 auf die Frage: „Welchen Anteil haben wir bei der Marktpreisentwicklung für 2003 festgestellt?“, lautete:

Von März bis Juni 2003 hat ein intensiver Einsatz des SPP-Eigenhandelsbuches zur Initiierung von Marktpreissprüngen

– das meint offensichtlich nur Sprünge nach oben –

und zur Absicherung von Marktpreiseinbrüchen beigetragen. ... EST hat als Treiber des Marktes sehr großen Anteil am Durchstoßen eines Zielpreises.

Das ist eine ganz eindeutige Aussage. Das kann man verstehen, denn die waren erfolgreich, haben den Markt gesteuert und haben das für sich auch sehr positiv festgehalten.

Was ist ganz konkret gemacht worden? Mit welchen Mechanismen konnten die das machen? – Der Preis an der Börse ist das Ergebnis einer Stromauktion, bei der immer das letzte ans Netz gehende Kraftwerk das Preisniveau bestimmt. Das ist die sogenannte Merit-Order. Das heißt, nicht das preiswerte Grundlastkraftwerk, sondern das letzte ans Netz gehende – in der Regel ein Gaskraftwerk oder ein Spitzenkraftwerk, aber das kann sogar ein